

# Dresdner Volkszeitung

Postbestellungsstelle: Dresden  
Lobenz & Comp., Nr. 1288

Organ für das werktätige Volk

Veranstaltung: G. G. Staatsamt, Dresden,  
Haus der Arbeiter, Knechtstr. 10  
und Neumann, R.-G. Dresden,  
Gebrüder Kersch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen in der Redaktion, ist es durch oder ohne Einfluß anderer Stellen, hat der Besteller bei der Dresdner Postverwaltung seinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Bestandpreis mit der Multa-Unterhaltungsabteilung, Verben, Witten,  
ausserdem Post und Zeit monatlich 1.86 M., ausserdem 46 M.,  
Kontingents, Kasse von 1.86 M. ausserdem Post- und Zeitungsabteilung, 4 M.,  
Telegraphische Adressen: Dresden, Postfach 1288

Schriftleitung: Postfach 10, Friedrichstr. Nr. 2531, Dresden  
Sonderdruck nur wochentags von 12 bis 1 Uhr  
Verlagsstelle: Postfach 10, Friedrichstr. Nr. 2531 und 1270,  
Druckerei von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags

Abzugspreis: Druckgröße: 36 x 48 mm breite Kolumnen  
Zeile 24, die 10 mm breite Kolumnen 200 Zeilen, für ausserordentlich  
Anzeigen 40 und 250 Zeilen, Kolumnenabteilungen, Stellen- und Brief  
Anzeige 40 Preis, Abt. für Anzeigen, 10 M., Einzelnummer 10 M.

Nr. 95

Dresden, Freitag, den 24. April 1931

42. Jahrgang

## Der Brotpreis

Verhandlungen - Die Bäcker fordern allgemeine Regulierung

D. Berlin, 24. April. (Fig. Funkbr.) Im Reichs-  
nährungsministerium begannen unter dem Vor-  
sitz des Reichsernährungsministers Schiele Verhand-  
lungen mit den Bäckern über eine Senkung des  
Brotpreises. Verhandlungen mit den Mülkern  
sind folgen.

Die Bäcker vertreten die Auffassung, daß die Regierung  
eine besondere Maßnahmen eine Regulierung der Getreide-  
Preise vornehmen müsse. Ein Ende der Roggen-  
Preise ist nach ihrer Ansicht noch nicht abzusehen. Sie glauben,  
daß die Preisentwicklung noch lange nicht ihren Höhepunkt  
erreicht habe. Das Bäckergewerbe könne von einer Preis-  
erhöhung nur dann absehen, wenn die Regierung in der  
Nähe die Roggenpreise auf dem Stand vom Oktober  
des Jahres zu halten.

### Notruf der Städte

D. Berlin, 24. April. (Fig. Funkbr.) Der  
Deutsche Städtetag hat das Reichsministerium in  
dringlicher Eingabe gebeten, in sofortigen Verhand-  
lungen eine Wiederherabsetzung der Berliner  
Brotpreise durchzusetzen. Der Deutsche Städtetag ver-  
weist namentlich auf die großen Gefahren, die das Berliner  
Brot nicht nur für die Entwicklung in den übrigen  
Städten, sondern auch für die gesamte Preis-, Lohn- und  
Wirtschaftspolitik haben muß.

### Die Regierung berät

D. Berlin, 24. April. (Fig. Funkbr.) Das Reichs-  
kabinett trat am Donnerstag nachmittag unter Vorsitz des  
Reichskanzlers und in Anwesenheit des Reichs-  
präsidenten zu seiner ersten Sitzung nach der  
Wahl zusammen. Die Beratungen galten zunächst der  
Beratung des vom Reichskanzler vorgelegten Arbeits-  
programms. Der Reichsfinanzminister erstattete alsdann  
einen eingehenden Bericht über die Finanzlage des  
Reiches der Länder und der Gemeinden, an den sich der  
Reichsarbeitsminister über die Arbeitslosigkeit  
und die vom Reichsarbeitsministerium zu erledigenden  
Aufgaben und der Reichsverkehrsminister über die  
Ereignisse der Reichsbahn anschloß. Die Verhand-  
lungen des Reichskabinetts werden am Sonnabend fortgesetzt.

### Wieder ein Hochverratsurteil

Z. Leipzig, 24. April. (Fig. Funk.) Das Reichsgericht  
verurteilte den kommunistischen Reichstagsabgeordneten  
Karl Dörmann in Leipzig, wegen Vorbereitung eines hochver-  
ratlichen Unternehmens in Lateinamerika mit Unterstützung  
der staatsfeindlichen Verbindung zu zwei Jahren  
Zuchthaus. Der Angeklagte hat in den Jahren 1928 bis  
1930 mehrere Flugblätter herausgegeben, die die Polizei  
als kommunistischem Sinne beeinflusst, und in der  
kommunistischen Presse mehrere Artikel veröffentlicht, in  
denen als Ziel der KPD, der gewalttätige Umsturz  
ausgewiesen wurde.

## Heimlich, still und leise...

Zum Wiedererzug der Nazis in den Reichstag



„Unser Auszug war unheimlich laut; unser Wieder-  
erzug ist dafür um so heimlicher.“

## Ruf der Gewerkschaften

Die Freien Gewerkschaften haben am Don-  
nerstag, dem Tag des Wiederzusammentritts des Reichs-  
kabinetts, an den Reichskanzler Dr. Brüning  
folgendes Schreiben gerichtet:

„Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzen-  
verbände geben hiermit ihre Besorgnis über die ungemein  
schwierige wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter- und  
Angestelltenklasse Ausdruck.

Die Politik der Regierung, Löhne, Gehälter und Preise  
zu senken, hat nicht zu einer fühlbaren Verringerung der Wirk-  
samkeit der Wirtschaft geführt. Nicht entfernt ist die Senkung der  
Preise in dem Maße erfolgt, wie die Senkung der Löhne und  
Gehälter. Infolge des hierdurch entstandenen Verlustes an  
Realeinkommen und Kaufkraft der Konsumentenmassen kann  
die Wirtschaftskrise in Deutschland nicht zu bejauhmaterem  
Ablauf kommen. Noch immer sind daher mehr als 4,6 Millionen  
arbeitslos. Eine tiefgehende Notlage herrscht die gesamte  
deutsche Arbeiter- und Angestelltenklasse.

### Die unerhörte Brotpreiserhöhung

In dieser Notzeit ist nun gar bereits in einer größeren  
Anzahl Städte der Brotpreis erhöht worden. Wir  
erheben hiermit schärfsten Protest gegen diese  
Verteuerung wichtigster Lebensmittel, die schnellstens  
rückgängig gemacht werden muß, wenn nicht noch  
ärgeres Elend kommen und damit eine gesteigerte Erregung  
im deutschen Volk Platz greifen soll.

Als wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit sehen wir  
die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Verlosung der  
Arbeitslosen an. Deshalb erneuern wir unsere Forderung  
nach durchgreifender

### Verkürzung der Arbeitszeit durch allgemeine Einführung der 40-Stunden-Woche für alle Berufe unter Erhaltung und Stärkung des Wahntauftrags.

Die zur Arbeitszeit gemachten Vorschläge der Gutachter-  
kommission betrachten wir nicht als eine Lösung, da von  
ihnen weder eine Arbeitszeitbeschränkung in dem nach der  
Lage des Arbeitsmarktes erforderlichen Ausmaß noch eine  
erkrankte Bekämpfung des Doppelverdienstes erwartet  
werden kann.

Selbst wenn es gelingen sollte, die Arbeitslosigkeit ein-  
zudämmen, bleibt

### die Sicherung der Arbeitslosenunterstützung

eine vorbringliche Pflicht des Staates. Wir betonen an-  
drücklich, daß uns weitere Einschränkungen der bereits ohne-  
dies stark reduzierten Leistungen oder eine weitere Ein-  
engung des Personenkreises in der Arbeitslosenversicherung  
höchst untragbar erscheinen. Wir warnen vor der Ein-  
führung von Reformen, die nur Abbau und Auflösung der  
Versicherung bedeuten können. Dagegen erscheint uns  
dringend notwendig die

### Schaffung einer einheitlichen Arbeitslosenfürsorge für alle Arbeitslosen

die keine Versicherungsansprüche haben. Wir betonen erneut  
die Notwendigkeit, öffentliche Mittel in größerem Umfang  
für die Unterstützung der Arbeitslosen bereitzustellen, wenn  
die zur Verfügung stehenden Beitrags- und Staatmittel zur  
Deckung der Kosten nicht ausreichen.

Im Gebiet der sonstigen Sozialversicherung ist die  
Sanierung der knappschaftlichen Renten-  
versicherung ein dringendes Gebot. Einsparungen  
abzulehnen sind aber der Gedanke, diese Sanierung  
durch die Inanspruchnahme anderer Versicherungsarten zu  
bewerkstelligen, deren eigene finanzielle Lage im Gegenteil  
alsbaldige Hilfsmassnahmen notwendig machen wird. So  
weisen wir erneut auf die bedenkliche Entwicklung der  
Finanzen der Invalidenversicherung hin, für die  
ebenfalls alsbaldige Sanierungsmaßnahmen erforderlich sein  
dürften, um wenigstens die heutigen, an sich schon unzu-  
reichenden Renten zu gewährleisten.

In der von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeber-  
verbände geforderten Reform der Unfallversiche-  
rung erklären wir ausdrücklich, daß wir die Wünsche der  
Arbeitgeber sachlich in allen Punkten ablehnen. Nicht Ab-  
bau, sondern im Gegenteil Ausbau der Unfallver-  
sicherung, namentlich soweit die Erweiterung des Kreises  
der entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten in Frage  
kommt, ist dringend erforderlich.

### Wir warnen noch einmal!

Wir weisen die Regierung und gleichzeitig die Oeffent-  
lichkeit noch einmal darauf hin, welche ungeheuren Opfer die  
deutsche Arbeiterschaft in der Vergangenheit bereits auf  
sich genommen hat. Eine weiterhin einseitig gegen die Inter-  
essen der deutschen Arbeitnehmer gerichtete Politik muß zu  
schwersten sozialen Kämpfen und zu größter politischer Be-  
unruhigung und Verbitterung führen. Wir erwarten, daß  
die Regierung sich dieser unläugbaren Tatsache bei ihren  
Beratungen bewußt bleiben wird.

## Der Vormarsch der SPD.

In 15 Monaten über 100 000 Mitglieder gewonnen

In der fünften Folge erscheint jetzt das vom Vor-  
stand der Sozialdemokratischen Partei herausgegebene  
Jahrbuch für 1930. In Anordnung und Inhalt  
eine Fortsetzung der vorausgegangenen Ausgaben, die  
wohl allgemein eine günstige Aufnahme in Parteikreisen  
gefunden haben. Unser Berliner Mitarbeiter  
schreibt über das Werk:

Die Verichterstattung des Jahrbuches erstreckt sich über  
einen Zeitraum, der politisch und wirtschaftlich unbefriedigend  
verläuft. Es ist ein Jahr des Kampfes  
gegen die hochgehende nationalsozialistische Bewegung,  
gegen die reaktionären Bestrebungen, die unter  
dem Druck einer tiefstehenden Wirtschaftslage für  
ihren Aufstieg verlangen. Tendenzen, die in Gefährdung  
dieser beiden Uebel zu einer Gefahr für die politische Festig-  
keit der Republik werden konnten. In der Übergabe der  
parlamentarischen Ereignisse liegt dieser Grundgedanke stark  
durch, und es wird einmal klar und bestimmt unterstrichen,  
weilhalb die Reichstagsaktion genötigt war, unter der ge-  
gebenen politischen Konstellation die von ihr eingeschlagene  
Taktik zu befolgen. Das reiche Material, das uns im Jahr-  
buch unterbreitet wird, gestattet es nicht, auf Einzelheiten  
einzugehen, es mag ein Hinweis auf das Vordringen genügen.

Nach dem einleitenden historischen Rückblick der poli-  
tischen Vorgänge innerhalb dieses Zeitabschnittes, die uns  
einmal wieder in ihrem Anknüpfen ein Bild geben von  
den schnell sich abwickelnden wechselnden und überstürzten Er-  
eignissen, ist besonders hervorzuheben das Kapitel über die  
äußere Politik. Die letzte Phase der Tätigkeit des Kabinetts  
Germann Müller kommt hier zur Geltung; die Annahme des  
Jugendplanes, die langgehegte Befreiung der Rheinlande

von der fremden Belagerung kommt in ihrer Bedeutung zum  
Vortrag. Sehr angenehm wird es empfunden werden, daß  
wir auch einen kurzen Bericht über wichtige politische  
Vorgänge im Ausland erhalten.

Auf dem sehr komplizierten Gebiet der Steuer- und  
Finanzpolitik, das zur den Uneingeweihten sich immer  
schwieriger gestaltet, erhalten wir einen gut informierten  
Überblick. Kinneer behandelt in einem besonderen Artikel  
die Ursachen der Schwächen unseres Finanzsystems und die  
schwankende Grundlage der Steuerleistung. Die Stellung  
der Staatshaftung findet hier eine eingehende Begründung, es  
werden die verfehlten Maßnahmen, die unter der Führung  
der bürgerlichen Minderheiten erfolglos, kritisch beleuchtet; und  
es wird das oberflächliche Gesdäch über die große Steuer-  
senkungsfaktion, die in Unkenntnis und aus Agitationsbedürf-  
nis von den bürgerlichen Parteien betrieben wurde, in ihrer  
ganzem Dohheit aufgezeigt.

Die Agrarfrage gewinnt eine immer größere Be-  
deutung. Die Forderungen, die Gestaltung der Handels-  
politik, die Roggensteuergesetzgebung, der internationale Ge-  
treidemarkt, der Übergang zu monopolartigen Gebilden, wie  
beim Maismonopol, werden einer eingehenden sachlichen  
Würdigung unterzogen. Hier wäre es notwendig gewesen,  
wenn über die Organisation des Maismonopols eine Dar-  
stellung gegeben wäre, denn nicht jede Monopolbildung kann  
unserer ungeteilte Zustimmung finden. Man vermischt über-  
haupt vielfach im Bericht eine Annabe über die Stellung der  
agrarischen Parteien, denn hierüber will derjenige, der das  
Handbuch als politisches Nachschlagewerk benutzen will, In-  
formationen haben. Es wird sich empfehlen, daß man künftig  
mehr Wert auf diese Seite der Verichterstattung legt.

Das Reichstagswahlergebnis wird einer